

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Teletax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Für eine offensive Auseinandersetzung mit "Gysis bunter Truppe" plädiert der sachsen-anhaltinische Politiker **Dr. Eberhard Brecht MdB.**

Seite 1

Die Bundesregierung sei in der Frage des Trinkwasserschutzes vor der Chemieindustrie eingeknickt, meint die bayerische Umweltpertin **Susanne Kastner MdB.**

Seite 3

Die Umweltpolitik muß umfassend in die Politik der Europäischen Union integriert werden. Dafür plädiert die baden-württembergische Journalistin **Liesel Hartenstein MdB.**

Seite 4

49. Jahrgang / 121

28. Juni 1994

Die Wahl in Sachsen-Anhalt ein Erfolg der SPD
Mit der PDS die Auseinandersetzung führen - auch mit Blick auf die Bundestagswahl

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

Stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Auch wenn Reinhard Höppner nicht Ministerpräsident werden sollte und die Sozialdemokraten nur die Rolle des kleineren Partners in einer ungeliebten großen Koalition in Magdeburg übernehmen können, so ist doch die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt für die SPD als Erfolg zu werten:

Acht Prozent Zuwachs gegenüber der Landtagswahl 90 und nur 0,4 Prozent Stimmenrückstand gegenüber einer gezausten CDU. Den verbliebenen Rückstand der SPD gegenüber der CDU können die PDS-Wähler als ihren "Erfolg" verbuchen, wobei ja von vornherein klar war, daß es ihnen nicht um einen wirklichen Wechsel in Magdeburg ging. Beruhigend ist hingegen das schlechte Abschneiden der Republikaner. Ob das Verschwinden der FDP aus dem Magdeburger Landtag als Triumph zu feiern ist, wage ich zu bezweifeln. Natürlich ist die verheerende Niederlage dieser Partei durch deren hündische Unterwürfigkeit gegenüber der CDU, durch deren Verstrickung in der Gehälteraffäre, durch eigene Zerstrittenheit und merkwürdige Praktiken im Landtagswahlkampf - auf Plakaten wurde der Eindruck erweckt, als würde Hans-Dietrich Genscher für den Landtag kandidieren - nicht unverdient; für eine lebendige Demokratie wäre die FDP jedoch eine wichtige Größe im Landtag gewesen. Stattdessen kann es passieren, daß eine in die große Koalition gedrückte SPD einer Opposition gegenübersteht, die im wesentlichen aus der PDS besteht. Wenn die Grünen im Herbst mit der SPD in Bonn koalieren wollen, können sie sich in Magdeburg kaum als Totalopposition wie die PDS gebärden. Damit hätte die SED-Nachfolgepartei die große Chance, sich als "Rächerin der Entrechteten" und als einzig wahre Opposition gegenüber konservativer Politik in Sachsen-Anhalt in Szene zu setzen. In dieser Situation würde für die SPD in Sachsen-Anhalt die Planung einer Sollbruchstelle für die Zwangskoalition zum Ende der Legislaturperiode fast zwingend, es sei denn, der SPD würde es gelingen, einen Popularitätsgewinn der Landesregierung im wesentlichen auf der Arbeit der eigenen Minister zu begründen. Die derzeit diskutierte Alternative einer von der PDS geduldeten

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53087 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed on recycled paper
with vegetable inks
Recycling Paper



Minderheitenregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist jedoch auch nicht ohne Risiko, begibt sich die SPD doch in eine fatale Abhängigkeit von der PDS, die in vorgezogene Neuwahlen münden kann. Zudem dürfte eine solche PDS-Duldung in Sachsen-Anhalt die Ausgangssituation der Sozialdemokraten für die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nicht erleichtern.

Unabhängig, wie sich das Team von Reinhard Höppner entscheidet: Das Dilemma mit der PDS bleibt. Im Osten Deutschlands fungiert 'Gysi burte Truppe' ähnlich wie die KPD in der Weimarer Republik als Verhinderer einer Ablösung national-konservativer Politik. Die bisherige Strategie des SPD-Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion, das Phänomen PDS mit stiller Verachtung auszuschweigen, ist offensichtlich nicht die richtige. Statt der bislang einseitig auf die Koalition ausgerichteten politischen Argumentation muß sich die SPD stärker kritisch mit der Politik der PDS auseinandersetzen. Wenn man davon ausgeht, daß sich die Gruppe der 20 Prozent PDS-Wähler je zur Hälfte aus ehemaligen SED-Funktionsträgern beziehungsweise DDR-Nostalgikern - also PDS-Stammwählern - und aus Protestwählern zusammensetzt, so wird deutlich, daß SPD und PDS in scharfer Konkurrenz um einen etwa zehnprozentigen Wähleranteil miteinander stehen. Bei dieser Gruppe müssen die Sozialdemokraten verdeutlichen, daß sie bereit sind, ostdeutsche Interessen bis zur Erfüllung des Gleichheitsgebotes wirksam zu erstreiten, andererseits die diesbezüglich von der PDS genährten unrealistischen Erwartungen zu korrigieren. Wenn derzeit 47 Prozent der Ostdeutschen der Meinung sind, die PDS würde die ostdeutschen Interessen am nachhaltigsten vertreten, und nur 17 Prozent dies von der SPD behaupten, so sollte die Schwerpunktsetzung für den Bundestagswahlkampf im östlichen Deutschland klar sein. Daher sind eigene programmatische Aussagen zu verdeutlichen und die Traum- (fehlende beziehungsweise unseriöse Finanzierungsvorschläge) und Gruselschlösser (Rückkehr zu einer weitgehend planwirtschaftlich organisierten Ökonomie, mentale Spaltung beider Teile Deutschlands, außenpolitischer Isolationismus...) des Herrn Gysi öffentlich zu kritisieren. Bei der Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit ist zu bedenken, daß eine Geschichtsschreibung und -bewertung ausschließlich aus der Sicht der kleinen Schar von Opfern und Dissidenten der DDR Hunderttausende von Menschen ohne Identität läßt, die weder vorwiegend Täter noch ausschließlich Opfer waren, sondern sich durch sanften Druck widerwillig zur Überanpassung nötigen ließen.

Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der PDS ist eine notwendige - wenngleich auch keine hinreichende - Bedingung, um einen Machtwechsel am 16. Oktober 1994 in Bonn zu erreichen. ES liegt auch an uns, ob wenige Prozent PDS-Wähler deutsche Geschichte konservativ fort-schreiben können.

(-/28. Februar 1994/do/fr)

Brunnenvergiftung legalisiert
**In der Frage des Trinkwasserschutzes ist Bonn vor der chemischen Industrie
eingeknickt**

Von Susanne Kastner MdB

Der Beschluß der europäischen Agrarminister über die Zulassungskriterien von Pflanzenschutzmitteln in der Europäischen Union ist ein Skandal. Landwirtschaftsminister Borchert ist als verantwortlicher Verhandlungsführer für Deutschland umgefallen und dies, nachdem er noch vor einer Woche das Gegenteil versicherte.

Pflanzenschutzmittel sollen zugelassen werden, auch wenn sie ins Grundwasser gelangen. Der gültige EG-Trinkwassergrenzwert für Pestizide von 0,1 Mikrogramm soll lediglich als Zielwert gelten. Die schleichende Brunnenvergiftung mit hochwirksamen chemischen Wirkstoffen zur Bekämpfung von Unkräutern und Schädlingen wird auf Betreiben der europäischen chemischen Industrie und Agrarlobby legalisiert.

Dies ist ein Verstoß gegen geltendes EG-Recht, denn der EG-Trinkwasserwert kann nur eingehalten werden, wenn alle Pflanzenschutzmittel verboten werden, die ins Grundwasser und damit ins Trinkwasser gelangen. Die von der chemischen Industrie angebotenen Aufbereitungsverfahren sind viel zu teuer und nicht überall verwendbar. Der Trinkwasserwert soll im nächsten Schritt aufgehoben werden.

Die Bundesregierung, die sich bei diesem Beschluß enthalten hat, ist trotzdem mitverantwortlich für diesen nicht hinnehmbaren Rückschritt im Gewässerschutz, denn Bundeskanzler Kohl hat bewußt vor den Europawahlen eine klare Entscheidung im Bundeskabinett verzögert und die Öffentlichkeit getäuscht. In treuer Verbundenheit mit der chemischen Industrie soll nun nach den Wahlen der Trinkwassergrenzwert für Pestizide in Brüssel und in Deutschland durch höhere Grenzwerte ersetzt werden.

Der bayerische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Wolfgang Gröbi, hat sich aus dieser Entscheidung fein herausgehalten. Anstatt sich massiv für den bisher geltenden EG-Trinkwasserwert einzusetzen, hat er sich aus der Diskussion verabschiedet.

Wieder einmal fuhr man die CSU-Doppelstrategie: Im Lande wird erklärt, wie sorgsam mit der Reinheit des Lebensmittels Nr. 1, dem Wasser, umgegangen werden muß, und in der EU gibt man der chemischen Industrie nach.

Man kann nur hoffen, daß die Bürgerinnen und Bürger sich diesen Angriff auf ihre Gesundheit und auf die Umwelt nicht gefallen lassen. Der Zorn über Kohl und die Europabürokratie, die in Geheimverhandlungen gegen den Widerspruch des Europaparlaments, des Bundesrates, der Umwelt- und Verbraucherverbände und der Wasserwirtschaft das umweltschädliche Verhalten der chemischen Industrie und der Landwirte legalisieren, ist nur zu berechtigt.

Diese Regierung muß abgewählt werden. Produkte, die umweltschädlich erzeugt werden, müssen boykottiert werden. Nur so können wir unsere Gesundheit und unsere natürlichen Lebensgrundlagen auch für unsere Kinder erhalten.

(-/28. Februar 1994/do/fr)

Start in eine neue Zukunft? - eine Zwischenbilanz

**Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Vorsitzende des Projekts Binnenmarkt und Umweltunion**

Mit dem Projekt Binnenmarkt und Umweltunion hat sich die SPD-Bundestagsfraktion vor knapp anderthalb Jahren drei Aufgaben gestellt:

1. die Auswirkungen des Binnenmarkts auf Umwelt und Verbraucherschutz zu untersuchen, insbesondere die Auswirkungen der offenen Grenzen und des Vorrangs des freien Warenverkehrs,
2. ökologische Defizite aufzuzeigen und Handlungsvorschläge zu machen,
3. konkrete Konzepte für eine Neuorientierung in besonders relevanten Politikfeldern zu entwerfen, so in der Energie-, der Verkehrs- und der Agrarpolitik.

Einige dieser Entwürfe, die einen neuen Weg aufzeigen, wollen wir heute in Umrissen erörtern.

Der Ärger, ja die Wut über Europa ist in der Bevölkerung weit verbreitet; nur scheinbar erfahren die Menschen, wie tief Brüsseler Entscheidungen in ihren Alltag eingreifen. Der Groll und das Gefühl der Ohnmacht sitzen tief, entsprechend heftig ist auch die Reaktion, so z.B. die Absage an genmanipulierte Lebensmittel, an bestrahlte Euro-Gurken und EG-Kartoffeln, an Giftmülltourismus und staatlich geförderte Energieverschwendung.

Der Protest gegen eine explosiv anschwellende Verkehrslawine wird sich früher oder später entladen, vielleicht sogar Formen des Aufstands suchen - das ist meine Prognose.

Wir sind mit unserem Projekt aber nicht angetreten, um die Menschen das Fürchten zu lehren, sondern um Hoffnungen zu wecken, konkret gesprochen: um Wege für eine bessere, für eine zukunftsfähige nachhaltige Entwicklung zu suchen.

Dabei haben sich eine Reihe von Erkenntnissen ergeben, die ich in 7 Thesen kurz zusammenfassen will:

1. Wir brauchen ein starkes und handlungsfähiges Europa, auch als Schutz vor wieder erwachendem Nationalismus. Europa wird für uns der entscheidende Handlungsraum für die nächsten Jahrzehnte sein.
2. Ursache für Fehlentwicklungen, insbesondere auch für die ökologische Krise, ist nicht die Europäische Gemeinschaft als solche, sondern es ist die Struktur der nationalen Volkswirtschaften, deren Negativwirkungen sich durch die größere Ausdehnung lediglich potenzieren.
3. Ohne eine grundlegende Reform der Strukturen dieser Industriegesellschaften, also ohne eine Paradigmenänderung, wird der Wandel in eine dauerhafte Zukunft nicht möglich sein.
4. Die EG ist vorrangig als Wirtschaftsgemeinschaft konzipiert; diese Konzeption wird im Binnenmarkt fortgeschrieben. Auf der Strecke geblieben ist dabei der soziale und der ökologische Aspekt. Das Wort Ökologie kommt in den konstituierenden Dokumenten des Binnenmarkts überhaupt nicht vor.

5. Die Notwendigkeit einer Neuorientierung wird gerade in der heutigen Krisensituation besonders deutlich: Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sind die beiden Riesenprobleme hochentwickelter Industriestaaten, die strukturell zusammenhängen, daß heißt aus der gleichen Wurzel ableiten.
6. Europa braucht ein neues Zukunftsmodell, das zu einer Entkoppelung von Wirtschaftsentwicklung und Umweltverbrauch führt. Unsere heutige ressourcen- und energieverworschwende Wirtschaftsweise führt in eine Sackgasse. Sie muß durch ein nachhaltiges Entwicklungsmodell ersetzt werden.
7. Die Europäische Union steht damit vor einer großen Herausforderung, aber auch vor einer großen Chance. Nämlich vor der Chance, neue Produktions- und Konsumformen zu schaffen, die sich am Prinzip der Ressourcenschonung, der Umwelt- und der Sozialverträglichkeit orientieren und die auch global verallgemeinbar sind. Das alte Wachstumsmodell ist es nicht; es kann daher weder für Osteuropa noch für die Entwicklungsländer als Vorbild dienen.

Deshalb sollten alle zukunftsorientierten Kräfte es sich zur vornehmsten Aufgabe machen, an der Gestaltung der Gemeinschaft mitzuwirken.

Die Europa-Debatte beginnt erst

Bisher hat die deutsche Öffentlichkeit es versäumt, sich ernsthaft mit der Europäischen Union auseinanderzusetzen, im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich oder Dänemark. Das Sich-Ausruhen auf den unbestrittenen ökonomischen Vorteilen - 70 % unseres Exports gehen in die anderen EU-Länder - genügt nicht.

Vor den Europa-Wahlen ist die öffentliche und die politisch-parlamentarische Diskussion mit unglaublicher Leichtfertigkeit über die Zukunftsfragen Europas hinweggehuscht. Probleme wurden eher verdeckt und verkleistert, die Europafreundlichkeit der Menschen dadurch nicht gestärkt.

Insbesondere ist die Debatte über das ungeheure Demokratiedefizit der EU nicht geführt worden. In der heutigen Konstruktion ist und bleibt die EU eine demokratische Mißbildung. Das kann kein Dauerzustand sein.

Das Projekt **Binnenmarkt und Umweltunion** soll auch dazu beitragen, diese notwendige und unvermeidliche öffentliche Debatte anzustoßen.

Integration des Umweltschutzes in die anderen Politiken der Gemeinschaft

Als Zwischenbilanz der Projektarbeit läßt sich zusammenfassen, daß die SPD europäische Initiativen auf drei verschiedenen Ebenen fordert. Diese Forderungen sind besonders jetzt vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft am 1. Juli 1994 aktuell:

1. die Durchsetzung bzw. dringende Korrektur einer Reihe von EU-Richtlinien oder Verordnungen. Zwei Beispiele:
 - der Entwurf der Novel-Food-Verordnung muß eine klare Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel enthalten.
 - Erhaltung des strengen Grenzwertes für Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser.

Die Pflanzenschutzmittel-Zulassungsrichtlinie darf nicht zur Zulassung oder Wiederezulas-

sung toxischer oder krebserregender Pestizide führen, die das Grundwasser verseuchen (z.B. des Atrazins).

2. Umsetzung des 5. Umweltaktionsprogramms der EG, das eine Abkehr vom nachgeschalteten reparierenden Umweltschutz und die Integration der ökologischen Erfordernisse in die anderen Politikbereiche verlangt. Dafür müssen neue Weichenstellungen erfolgen; dies muß der Kernpunkt politischen Handelns sein.

3. Institutionelle Reformen, spätestens bei der Revision des Maastricht-Vertrages 1996.

Im Rahmen des Projekts haben wir sowohl eine Reihe von parlamentarischen Initiativen eingebracht als auch in Regionalkonferenzen und Anhörungen den Versuch unternommen, die gegenwärtigen Strukturen zu analysieren und neue Konzepte für eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung zu erarbeiten. Zu den parlamentarischen Initiativen gehören u. a.

- die große Anfrage "Auswirkung des EG-Binnenmarkts auf Umwelt- und Verbraucherschutz",
- der Antrag "Umsetzung des 5. Umweltaktionsprogramms der EG für eine nachhaltige Entwicklung",
- der Antrag "Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltunion",
- die große Anfrage "Klimaschutz in Europa".

Nach Schätzungen verursacht allein der motorisierte Straßenverkehr in Deutschland externe Kosten zwischen 100 und 250 Milliarden DM. Der Übergang zu einem neuen Modell einer nachhaltigen Entwicklung erfordert ein kombiniertes Konzept marktwirtschaftlicher und ordnungspolitischer Instrumente. Grundsatz sollte dabei sein, daß die externen Kosten in die Marktpreise eingehen müssen, z.B. in die Energiekosten und in die Kosten des Verkehrs.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, daß die Europäische Kommission ein "Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltunion" vorlegt - parallel zum Cecchini-Bericht von 1988, der die Kosten der Nichtverwirklichung des Binnenmarktes errechnete und auf ca. 430 Milliarden DM pro Jahr bezifferte.

Das Weißbuch soll außerdem darlegen, inwieweit eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaften der EU den technologischen Strukturwandel befördern und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen kann.

Zur Schaffung eines neuen europäischen Wohlstandsmodells ist sowohl ein Umsteuern in der Wirtschaft als auch eine Reform der Institutionen erforderlich.

Hauptforderungen der SPD sind:

- Die Europäische Umweltunion muß zeitgleich mit der Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht werden.
- Die zukunftsweisenden Vorgaben des 5. Umweltaktionsprogramms der Gemeinschaft sind zügig umzusetzen.
- Bei der Revision des Maastricht-Vertrags 1996 muß der Umweltschutz als Gemein-

schaftsziel im Vertrag verankert werden.

- Die Errichtung eines **Umweltausschusses** zusätzlich zum Wirtschafts- und Sozialausschuß bei der Europäischen Kommission ist dringend notwendig.
- In den Normungsgremien auf EU-Ebene muß außer der Beteiligung der betroffenen Wirtschaftskreise auch eine Beteiligung der Umwelt- und Verbraucherverbände sichergestellt werden.
- In den Generaldirektionen der Kommission müssen die **Umweltabteilungen verstärkt** und die Koordination zwischen den Direktionen verbessert werden.

Die zentrale Forderung des 5. Umweltaktionsprogramms der Gemeinschaft lautet, der Umweltschutz müsse **integraler Bestandteil** der übrigen Politikbereiche der Gemeinschaft sein. Vor allem in der Energie-, der Verkehrs-, der Industrie- und der Agrarpolitik müssen daher überholte Regelungen revidiert und grundsätzlich neue Konzepte verwirklicht werden. Ähnliches gilt auch für die Raumordnung, die Städteplanung und die Strukturpolitik.

EU-Strukturfonds In den neuen Ländern umweltverträglich einsetzen

In Teilbereichen hat die Europäische Union erste Schritte getan. Die Umsetzung der fortschrittlichen EU-Ansätze wird jedoch in vielen Fällen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten blockiert. Die Bundesrepublik spielt im Vergleich mit der Nichtumsetzung von knapp 30 umweltrelevanten EG-Richtlinien keineswegs die von Seiten der Bundesregierung propagierte Vornehmrolle im Umweltschutz.

So ist zum Beispiel seit der Revision der EU-Strukturfondsverordnungen im Juli 1993 die Berücksichtigung von Umweltbelangen in der europäischen Regional- und Strukturpolitik zwingend vorgeschrieben. Dementsprechend verlangt die EU für den Einsatz von 27,5 Milliarden DM, die zur Unterstützung des Aufbaus in den neuen Ländern zur Verfügung gestellt werden, ein integriertes Entwicklungskonzept. Nicht zuletzt um die Einhaltung der EU-Trinkwasserrichtlinie in den neuen Ländern zu ermöglichen, soll gemäß diesem integriertem Ansatz ein Teil der Mittel für die Sanierung der maroden Abwasser- und Trinkwassersysteme eingesetzt werden. Die Bundesregierung hält jedoch an völlig veralteten und einseitigen Konzepten der Regionalentwicklung fest und fördert vorrangig Gewerbegebiete auf der grünen Wiese.

Damit wird akzeptiert, daß 9,6 Millionen Einwohner in den neuen Ländern zeitweise oder ständig qualitativ beeinträchtigtes Trinkwasser erhalten. Gesundheitsgefährdende Belastungen, insbesondere mit Nitrat, treten für 1,2 Millionen Einwohner auf. 1,4 Millionen Einwohner erhalten mikrobiologisch zu beanstandendes Trinkwasser.

Die Zügel der Regionalentwicklung sind in der Bundesrepublik fest in der Hand des Bundeswirtschaftsministers. Dieser verhindert bislang erfolgreich die Integration von Umweltbelangen in die Regionalentwicklung der Bundesrepublik.

Europa braucht eine langfristige Reformperspektive

Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung müssen sein:

- Durchsetzung einer neuen Energiepolitik mit konsequenter Effizienzsteigerung und Reduzierung des Verbrauchs.
- Halbierung der CO₂ und anderer Schadstoffemissionen bis zum Jahre 2050 (entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre").

- Verringerung des Abfallaufkommens
- Drastische Reduzierung des Stoffeinsatzes und Schließung von Stoffkreisläufen.
- Strikte Begrenzung des Flächenverbrauchs.
- Aufbau dezentraler Versorgungssysteme in der Lebensmittel-, Wasser- und Energieversorgung.
- Umstellung der Agrarpolitik auf extensive Landbewirtschaftung.
- Förderung regionaler Versorgungsstrukturen.
- Begünstigung von Produktionsstätten und Produktionsformen, die kurze Transportwege ermöglichen.
- Aufbau eines Verkehrssystems, das den jeweils umweltverträglichsten und energiesparendsten Verkehrsträgern Vorfahrt gibt.

Die bisherige Entwicklung läuft genau in die gegenteilige Richtung. Solange der betriebswirtschaftliche Kostenvorteil als alleiniger Maßstab gilt, ist kein Ende des übermäßigen Ressourcenverbrauchs abzusehen. Allein durch die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft, durch die internationale Arbeitsteilung und dem Trend zur Massenproduktion werden z.B. gewaltige neue Transportaufkommen erzeugt mit allen negativen Auswirkungen der Lärmüberflutung, des Schadstoffausstoßes und der Flächenversiegelung. Die Transportwege werden länger, nicht kürzer.

Zur Umkehrung des Trends ist nicht allein eine neue Verkehrspolitik erforderlich, sondern auch ein neue Industrie- und Strukturpolitik.

Die Umstellung von einer ressourcenverschwendenden Wirtschaftsweise auf eine nachhaltige Entwicklung kann nur in drei Schritten erfolgen. Daher sind für die nächsten Jahrzehnte drei Dinge erforderlich:

- a) die Formulierung einer langfristigen Reformperspektive für Europa,
- b) eine grundlegende Erneuerung der Rahmenbedingungen, z.B. im Steuer- und Abgabenrecht und
- c) die Erarbeitung eines Stufenplans zur Umsetzung in den verschiedenen Politikbereichen.

Was wir brauchen ist eine große Reformvision für das nächste Jahrtausend. Hier liegt eine große Aufgabe für die Europäische Union. Das 5. Umweltaktionsprogramm der EG stellte schon 1992 zu Recht fest: "In den Augen der Entwicklungsländer wird die Glaubwürdigkeit der industrialisierten Welt - und damit auch der Europäischen Gemeinschaft - in dem Maße steigen oder sinken, in dem sie ihrer eigenen Probleme Herr wird."

(-/28. Februar 1994/dof/fr)
